



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



Bericht aus dem Landtag in Düsseldorf

Sehr geehrte Damen und Herren,

diese Woche kam der Landtag von Mittwoch bis Freitag zur 108., 109. und 110. Plenarsitzung zusammen.

Die ersten beiden Plenartage standen fast ausschließlich im Zeichen der Debatte zum nächsten Haushalt. Diese ist traditionell jedes Jahr eine der wichtigsten und intensivsten Aussprachen im Parlament. Dabei wird jeder einzelne Haushaltsbereich aufgerufen und von den zuständigen Fachpolitikern diskutiert.

Die Plenartage am Mittwoch und Donnerstag begannen jedoch jeweils mit einer Unterrichtung der Landesregierung zur aktuellen Corona-Lage.

Der letzte Plenartag startete hingegen mit einer Aktuellen Stunde zur Situation beim Stahlunternehmen ThyssenKrupp. Weitere Themen der Woche waren die Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest, der Schutz von Verbraucherrechten sowie der Ausgleich von Gewerbesteuerausfällen bei den Kommunen.

Eine Übersicht über alle Themen der Woche finden Sie unter: www.landtag.nrw.de

Herzliche Grüße und bleiben Sie gesund

Ihr Raphael Tigges

Bekämpfung der Afrikanischen Schweinepest

Mit Präventionsmaßnahmen gegen die Ausbreitung der Afrikanischen Schweinepest befasste sich der Landtag NRW auf Antrag der CDU und FDP am Freitag.

Durch eine verstärkte Bejagung soll der Schwarzwildanteil in näherer Zeit reduziert werden, um eine Übertragung des Virus von Wild- auf Hausschweine zu verhindern. Ein Ausbruch des Virus in der Schweinehaltungsindustrie würde erhebliche wirtschaftliche Schäden bedeuten.

Für eine verstärkte Bejagung braucht es jetzt eine schnelle und rechtssichere Zulassung von Nachtzielgeräten und die Anschaffung von sicheren Zäunen zur Errichtung einer „Weißen Zone“.

Haushaltplanung für 2021

In dieser Woche hat der Landtag in 2. Lesung über den Haushaltsplanentwurf für 2021 beraten. Während der Debatte im Parlament wurde über die Einzelpläne für die verschiedenen Ressorts abgestimmt. Im Folgenden möchte ich Ihnen gerne eine Übersicht liefern, was dies für die einzelnen Ressorts konkret bedeutet:

- ⇒ Wirtschaft und Energie: 620 Millionen Euro (+12%)
- ⇒ Kommunales: 13,6 Milliarden Euro aus dem Gemeindefinanzierungsgesetz 2021
- ⇒ Schule und Bildung: 20,5 Milliarden Euro (+2,27 %)
- ⇒ Justiz: Rund 5 Milliarden Euro
- ⇒ Kultur: Rekordetat von 289 Millionen Euro (höchster Etat seit Gründung des Landes NRW)
- ⇒ Gesundheit: 767 Millionen Euro für die Krankenhausinfrastruktur
- ⇒ Verkehr: 3 Milliarden Euro (u.a. +15 Mio. Euro für Radwege und +9 Mio. Euro für Mobilität 4.0)
- ⇒ Innere Sicherheit: 6,4 Milliarden Euro (+ 215 Mio. Euro)
- ⇒ Familie, Kinder, Jugend: Rund 5,7 Milliarden Euro (+1,7 Mrd. Euro seit dem Regierungswechsel 2017)

Für das Jahr 2021 sieht der Haushaltsplanentwurf insgesamt rund 84 Milliarden Euro an Ausgaben vor. Im Vorjahr belief sich diese Summe noch auf 80,1 Milliarden Euro.

Das Land investiert somit in fast allen Bereichen mehr und in einigen Ressorts kommt es dabei sogar zu Rekordzuweisungen. Damit steht das Land trotz der Corona-Krise auf einer sicheren Grundlage, um die Auswirkungen der Pandemie bewältigen zu können.



Raphael Tigges

MITGLIED DES LANDTAGS NORDRHEIN-WESTFALEN



Verlängerung der Corona-Maßnahmen im Dezember

In dieser Woche haben die Ministerpräsidentinnen und Ministerpräsidenten der Länder gemeinsam mit dem Bund die Verlängerung und Nachschärfung der aktuellen Corona-Maßnahmen beschlossen.

Das exponentielle Wachstum der Infektionszahlen konnte zwar gestoppt werden, jedoch verbleiben die Zahlen auch einem sehr hohen Niveau.

Die Maßnahmen für den November werden daher erst einmal bis zum 20.12.2020 verlängert. Zusammenkünfte sollen weiterhin auf 2 Haushalte aber nur noch mit maximal 5 anstatt der bisher geltenden 10 Personen beschränkt werden.

Damit ein weihnachtliches Beisammensein im Kreise der Familie und Freunde möglich ist, sollen über die Weihnachtstage bis Silvester Feiern mit bis zu 10 Personen möglich sein.

Die Gastronomie bleibt jedoch auch weiterhin geschlossen, deshalb werden auch die Wirtschaftshilfen für den November auf den Dezember ausgedehnt.

Für Kreise mit einem besonders hohen Infektionsgeschehen sollen strengere Maßnahmen umgesetzt werden können. Schulen in diesen Regionen sollen im Einzelfall im Wechsel zwischen Präsenz- und Distanzunterricht arbeiten. Pauschale Regelungen wird es aber nicht geben, um die Bildungsgerechtigkeit für alle Schülerinnen und Schüler zu gewährleisten.

Zu Besuch im Landtag

Am Mittwoch besuchte mich der Redaktionsleiter des Gütersloher Stadtmagazins GT-Info Markus Corsmeyer im Düsseldorfer Landtag, um die parlamentarische Arbeit vor Ort einmal kennenzulernen.

Dabei trafen wir zufälligerweise auch Familienminister Dr. Joachim Stamp, mit dem wir uns kurz austauschen konnten.



Unterrichtung der Landesregierung

Die Plenarwoche startete am Mittwoch mit einer Unterrichtung der Landesregierung zur aktuellen Corona-Lage im Vorfeld der nächsten Rücksprache der MinisterpräsidentInnen mit der Bundeskanzlerin.

Ministerpräsident Armin Laschet sprach sich dabei für eine Verlängerung der aktuellen Maßnahmen aus, da das exponentielle Wachstum der Infektionszahlen zwar gestoppt werden konnte, die Zahlen sich aber weiterhin auf einem sehr hohen Niveau befinden.

Bei sinkenden Zahlen sollen zuerst in den Bereichen Jugend und Kultur Lockerungen vorgenommen werden. „Bei sinkenden Infektionszahlen werden wir die Einschränkungen wieder zurücknehmen. Gerade beim Jugendsport und der Kultur werde den Menschen viel zugemutet. Das ist mein Signal, mein Versprechen“, so der Ministerpräsident für NRW.



Verbraucherrechte bei Flug- und Bahnreisen stärken

Am Donnerstag befasste sich der Landtag mit der Stärkung von Verbraucherrechten bei Flug- und Bahnreisen. Die Corona-Krise hat insbesondere die Reisebranche hart getroffen. Reisewarnungen haben zu einer Flut an Erstattungsverfahren geführt, die aber nur schleppend bearbeitet werden.

Damit die Verbraucher in ihren Rechten noch stärker geschützt werden, fordern CDU und FDP ein größeres Beratungsangebot durch die Verbraucherzentrale, eine kundenfreundlichere Handhabung von Stornierungen auf Bundesebene und die Prüfung eines automatisierten Entschädigungssystems.